



Gemeindeamt Wernberg

Niederschrift

über die Sitzung des
Gemeinderates
2/2026
der Gemeinde Wernberg am

Mittwoch, den 27.05.2026
mit Beginn um 19:01 Uhr

Anwesend:

BGM ⁱⁿ	Doris Liposchek	Bürgermeisterin	
VBGM	Ing. Christian Mitterböck	1. Vizebürgermeister	
VBGM ⁱⁿ	Marlene Rogi	2. Vizebürgermeisterin	
GV	Mag. Christian Gritschacher	Gemeindevorstand	
GR	Reg. Rat Bruno R. Peters	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Patricia Arneitz	Gemeinderätin	
GR	Ing. Franz Liposchek	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Edith Wassertheurer	Gemeinderätin	
GR	Gottfried Struckl	Gemeinderat	
GR	Christian Ulbing	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Alexandra Mitterböck, MA	Gemeinderätin	
GR	Michael Knes, MBA	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Gabriele Wolfger	Gemeinderätin	
GR	Gerd Pachatz	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Sigrid Treiber	Ersatz-Gemeinderätin	für GV Adam Müller
GR	Ing. Marc Gfrerer, MBA	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Sarah Simone Partoloth-Kappel	Gemeinderätin	
GR	Sebastian Perwein	Gemeinderat	
GV	Markus di Bernardo	Gemeindevorstand	
GR	Harald Prisnig	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Simone Zoppoth	Gemeinderätin	
GR	Christian Müllner	Gemeinderat	
GR ⁱⁿ	Mag. ^a Brigitte Wiltschnig	Gemeinderätin	
AL ⁱⁿ	Dr. ⁱⁿ Anja Schweda	Amtsleiterin	
FW	Kevin Kobencic, MA	Finanzverwalter	
SCHR	Peter Kowal	Schriftführer	

Abwesend:

GV	Adam Müller	Gemeindevorstand	aus persönlichen Gründen
----	-------------	------------------	--------------------------

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) eröffnet um 19:01 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates.

Die Bürgermeisterin stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden gemäß § 35 Abs. 2 der K-AGO 1998, schriftlich und fristgerecht, unter Bekanntgabe der Tagesordnung durch die Bürgermeisterin von der Abhaltung der Sitzung verständigt. Die Zustellnachweise liegen vor. Ort und Tagesordnung wurden gleichzeitig mit der Einberufung an der Amtstafel und im Internet (Website der Gemeinde) kundgemacht. Dem Gemeinderat liegt die Tagesordnung vor.

Die Bürgermeisterin befragt den Gemeinderat, ob Einwände vorliegen oder Erweiterungen der vorliegenden Tagesordnung gewünscht werden.

Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, gilt die vorliegende Tagesordnung als einstimmig genehmigt.

Tagesordnung

FRAGESTUNDE

1	Bestellung von zwei Mitgliedern zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45 Abs. 4 K-AGO
2	Verordnung, mit welcher die Aufgaben der Bürgermeisterin des eigenen Wirkungsbereiches auf die Bürgermeisterin, den ersten Vizebürgermeister, die zweite Vizebürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes aufgeteilt werden und die Vertretung der Gemeindevorstandsmitglieder geregelt wird (Referatsaufteilung)
3	Vereinbarung „Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg“
4	Zusatzvereinbarung „Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg“
5	KELAG-Stromliefervertrag für die Jahre 2028 und 2029
6	Beschlussfassung zu Bürgerbeteiligungsprozess betreffend weitere Zentrumsentwicklung – „Ort der Generationen“
7	Unterzeichnung Beitrittserklärung zum Grundsatzübereinkommen (Debitkarten)
8	Unterzeichnung Beitrittserklärung zum Grundsatzübereinkommen (Kreditkarten)

Die Sitzung ist öffentlich.

Verlauf der Sitzung:

FRAGESTUNDE

Es sind keine Fragen eingelangt.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) informiert in ihrem Bericht über folgende Punkte:

Die nächste Sitzung des Gemeinderates ist für 01.07.2026 geplant.

Im Bereich der Finanzverwaltung wird aufgrund der beantragten Ruhestandsversetzung von Frau Maria Pucher mit 01.12.2026 eine Stellenausschreibung vorbereitet. Da es sich um eine systemrelevante Stelle handelt, soll die Neuaufnahme – beginnend mit einem 8-Monats-Vertrag – bereits in der nächsten Gemeinderatssitzung beschlossen werden.

Für das Bauamt wird die zweitgereichte Bewerberin mit Wirkung vom 01.06.2026 im Ausmaß von 20 Wochenstunden (Teilzeit) aufgenommen.

Das Jubiläumsfest des Kindergartens findet am 02.07.2026 statt. Eine Einladung an sämtliche Mitglieder des Gemeinderates wurde bereits übermittelt.

Im Zusammenhang mit der Baustelle der Bahnunterführung Förderlach fand gestern gemeinsam mit Landeshauptmann-Stellvertreter Herrn Martin Gruber sowie der ÖBB-Infrastruktur-Vorständin Judith Engel eine Begehung statt, an der auch Medienvertreter und das Team von „Kärnten heute“ teilnahmen. Die Baustelle befindet sich voll im Zeitplan. Die Verkehrsfreigabe der Unterführung ist für Sommer 2027 vorgesehen, die Fertigstellung sämtlicher Arbeiten bis Ende 2027.

Die Freiwillige Feuerwehr Damtschach beabsichtigt den Ankauf eines Mannschaftstransportfahrzeuges für die Jugendfeuerwehr. Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der Kameradschaftskasse. Die Gemeinde übernimmt die laufenden Kosten für Anmeldung, Versicherung und Wartung des Fahrzeuges. Darüber hinaus wird eine Fertigteilgarage am Areal der Volksschule Damtschach errichtet. Die Kosten hierfür betragen rund € 35.000,00 und werden aus Bedarfszuweisungsmitteln außerhalb des Rahmens finanziert. Die Aufstellung der Garage ist während der Sommerferien vorgesehen.

Der Abfallwirtschaftsverband Villach plant die Überdachung der Deponie in Müllnern im Rahmen einer Altlastensanierung. Die Überdachung wird mit Photovoltaik-Paneeelen ausgestattet und soll Strom für rund 1.400 Haushalte erzeugen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund € 4 Mio., wovon € 3,6 Mio. über einen Kredit finanziert werden. Der verbleibende Anteil wird von den Mitgliedsgemeinden getragen. Der auf die Gemeinde Wernberg entfallende Kostenanteil wird aus dem Müllhaushalt finanziert.

Am 21.06.2025 findet in der Pfarrkirche Gottestal eine Firmung statt.

Pater Bruno, der im Kloster Wernberg lange tätig war, ist schwer erkrankt und wird die Gemeinde zu seinem Heimatorden in Richtung Würzburg verlassen. Er wird in einem Caritas-Pflegeheim untergebracht. Der Transport ist für den 29.05.2026 vorgesehen.

Der Amtsleiterin Dr.ⁱⁿ Anja Schweda wurde zur erfolgreich bestandenen Dienstprüfung gratuliert. Sie ist die erste Amtsleiterin, die gänzlich die Dienstprüfung nach der neuen Dienstprüfungsordnung erfolgreich abgelegt hat.

Gemeinderat Herr Gottfried Struckl feiert heute seinen Geburtstag. Die Bürgermeisterin spricht im Namen des Gemeinderates herzliche Glückwünsche aus.

Gemeindevorstand Herr Markus di Bernardo sprach vor rund 14 Tagen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern aus Kaltschach bei der Bürgermeisterin vor und überreichte 273

Unterschriften zum Thema Verkehrsverbesserungen entlang der Landesstraße B83. Die Bürgermeisterin steht diesbezüglich seit längerer Zeit laufend mit der Bezirkshauptmannschaft in Kontakt. Die Bezirkshauptmannschaft befürwortet die Einführung der von der Bürgermeisterin beantragten 50-km/h-Beschränkung derzeit nicht und begründet dies mit einem entsprechenden verkehrstechnischen Gutachten. Eine Bürgerinformation ist voraussichtlich für den 06.07.2026 geplant, wobei die betroffenen Anrainerinnen und Anrainer direkt durch die Experten und Sachverständigen informiert werden sollen. Auch der Bezirkshauptmann wird anwesend sein. Die angeregte Aufstellung einer Probeampel ist nicht möglich, da es eine solche nicht gibt. Angelegenheiten der Landesstraße fallen nicht in die Kompetenz der Gemeinde. Ein Gehweg wird aber von der Gemeinde angestrebt.

Mit den am stärksten betroffenen Anrainern im Bereich Ragain fand heute ein Gespräch mit der Bürgermeisterin statt. Die Feintrasse der APG liegt derzeit noch nicht vor. Es wurde jedoch mitgeteilt, dass die Trassenführung so nahe wie möglich an das Natura-2000-Gebiet herangeführt werden soll. Für den 01.06.2026 ist ein Gespräch zwischen Landesregierung, APG, Kelag und Gemeindevertretern vorgesehen. In der Vorwoche nahm die Bürgermeisterin zudem an einer Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative im Gasthof Fruhmann teil. Voraussichtlich ist ein weiteres Gespräch zwischen den Gemeinden Treffen, Ossiach, Wernberg und Villach sowie der Bürgerinitiative für 08.06.2026 vorgesehen.

Die Errichtung der 380-kV-Leitung wurde von der Europäischen Union als „Vorhaben vom gemeinsamen Interesse“ deklariert und erhält damit den sogenannten „PCI-Status“. Im Rahmen des UVP-Verfahrens (Umweltverträglichkeitsprüfung) haben die betroffenen Gemeinden die Gelegenheit, bis 24.06.2026 eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Darüber hinaus wird es Anfang Juli zu diesem Projekt einen Termin zur öffentlichen Anhörung in Villach geben.

Der Gemeindevorstand beschäftigt sich derzeit mit den Vorbereitungen für die ganztägige Schulform im folgenden Schuljahr. In beiden Volksschulen sollen nach derzeitigem Stand jeweils drei Gruppen eingerichtet werden, was zu höheren Kosten für die Eltern führen würde. Gemeinsam mit den Schuldirektoren und dem Verein für Schülerbetreuung ist ein Gespräch über organisatorische Angelegenheiten und Effizienzpotentiale geplant. Ebenso wird die Sinnhaftigkeit einer Ausweitung der Betreuungszeiten erörtert.

Im Zusammenhang mit der geplanten Parkraumbewirtschaftung beim Freibad Wernberg, wurde die Entscheidung über die Art und Vergabe dem Gemeindevorstand übertragen. Derzeit wird diskutiert, ob ein Münzautomat oder ein bargeldloser Parkautomat aufgestellt werden soll und ob die Parkgebühren erst im nächsten Jahr eingeführt werden sollen. Der Zeitraum zur Einhebung von Parkgebühren wäre aufgrund der Lieferzeit des Automaten recht kurz und im nächsten Jahr würde die Einführung der Parkgebühren zeitgleich mit dem Umbau des Freibades erfolgen.

Im Bereich des Postverteilerzentrums wurden bereits Lärmmessungen durchgeführt und werden am kommenden Montag fortgesetzt. Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Auswirkungen eine mögliche Lärmschutzwand auf die Lärmsituation haben würde.

Die Gemeinde befindet sich derzeit in Gesprächen mit dem Verkehrsverbund Kärnten über die Einführung eines Mikro-ÖV-Systems in Wernberg. Dabei wird geprüft, ob das Projekt eigenständig umgesetzt oder gemeinsam mit der Stadt Villach realisiert werden soll. Ein Termin mit Vertretern der Stadt Villach ist bereits vereinbart. Derzeit erscheint eine gemeinsame Lösung mit Villach als die vorteilhafteste Variante. Eine Inbetriebnahme könnte mit der Eröffnung der Bahnunterführung erfolgen. Das Projekt wird für die Dauer von fünf Jahren gefördert, dennoch verbleibt ein wesentlicher Finanzierungsanteil bei der Gemeinde. Es wird angestrebt, dass das derzeitige Bedarfstaxi „Fahr mit Doris“ Teil des Mikro-ÖV-Konzeptes sein soll.

1	Bestellung von zwei Mitgliedern zur Fertigung der Niederschrift gem. § 45 Abs. 4 K-AGO
---	---

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) schlägt vor, dass die Niederschrift der heutigen Sitzung von Gemeinderat Michael Knes, MBA (SPÖ) und von Gemeinderätin Simone Zoppoth (FPÖ) unterfertigt wird.

Beschluss:
Der Gemeinderat nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

2	Verordnung, mit welcher die Aufgaben der Bürgermeisterin des eigenen Wirkungsbereiches auf die Bürgermeisterin, den ersten Vizebürgermeister, die zweite Vizebürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes aufgeteilt werden und die Vertretung der Gemeindevorstandsmitglieder geregelt wird (Referatsaufteilung)
---	--

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) verliest den nachfolgenden Amtsvortrag und fasst die relevantesten Punkte der im Entwurf vorliegenden Verordnung zusammen:

Mit Ausscheiden von Gemeindevorstand Thomas Warmuth aus sämtlichen Gremien der Gemeinde Wernberg wurde bei der Sitzung des Gemeinderates am 15.04.2026 Herr Mag. Christian Gritschacher zum Gemeindevorstand gewählt. Nunmehr soll das bis zu dessen Ausscheiden von Herrn Thomas Warmuth geführte Referat (Referat VI)

- Bauangelegenheiten
- Raumordnung
- Flächenwidmung und Gefahrenzonenplan

von Gemeindevorstand Mag. Christian Gritschacher übernommen werden.

Die Aufteilung der anderen Referate (Referate I – V) bleibt aufrecht.

VERORDNUNG (Entwurf)

des Gemeinderates der Gemeinde Wernberg vom, Zahl: 004-2/2026 mit welcher die Aufgaben der Bürgermeisterin des eigenen Wirkungsbereiches auf die Bürgermeisterin, den ersten Vizebürgermeister, die zweite Vizebürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes aufgeteilt werden und die Vertretung der Gemeindevorstandsmitglieder geregelt wird (Referatsaufteilung)

Aufgrund des § 69 Abs. 5 und 7 der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung 1998 – K-AGO) – LGBl. Nr. 66/1998, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 47/2025 und der von der Landesregierung mit Bescheid vom, Zahl: erteilten Genehmigung wird verordnet:

§ 1

Aufgabenverteilung

Die Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches gemäß § 69 Abs. 2 und 3 K-AGO werden auf die Bürgermeisterin, den ersten Vizebürgermeister, die zweite Vizebürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes wie folgt aufgeteilt:

Referat I:	Bürgermeisterin:	Doris Liposchek • Finanzen und Personal • Kultur und Vereinswesen • Feuerwehren und Zivilschutz • Wirtschaft • Liegenschaftsverwaltung
Referat II:	1. Vizebürgermeister:	Ing. Christian Mitterböck • Straßenbau und Straßenbeleuchtung • Wasserversorgung • Abwasserentsorgung
Referat III:	2. Vizebürgermeisterin:	Marlene Rogi • Familie und Soziales • Kindergarten und Bildungswesen • Gesundheit
Referat IV:	Gemeindevorstand:	Adam Müller • Tourismus • Freibad • Land- und Forstwirtschaft
Referat V:	Gemeindevorstand:	Markus di Bernardo • Umweltschutz und Müllentsorgung • Ortsbildpflege • Kirchliche Angelegenheiten, Kultur- und Baudenkmäler
Referat VI:	Gemeindevorstand:	Mag. Christian Gritschacher • Bauangelegenheiten • Raumordnung • Flächenwidmung und Gefahrenzonenplan

§ 2

Zuständigkeit der Bürgermeisterin

Alle Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches, die nicht taxativ einem Referenten zugewiesen wurden, fallen in die Zuständigkeit der Bürgermeisterin.

§ 3

Vertretung im Verhinderungsfall

Die Mitglieder des Gemeindevorstandes haben sich im Verhinderungsfall wie folgt zu vertreten:

2. Vbgm. ⁱⁿ Marlene Rogi	vertritt	1. Vbgm. Ing. Christian Mitterböck
1. Vbgm. Ing. Christian Mitterböck	vertritt	2. Vbgm. ⁱⁿ Marlene Rogi
Bgm. ⁱⁿ Doris Liposchek	vertritt	GV Mag. Christian Gritschacher
GV Adam Müller	vertritt	GV Markus di Bernardo
GV Markus di Bernardo	vertritt	GV Adam Müller

§ 4

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Freigabe zur Abfrage im Internet in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Verordnung des Gemeinderates vom 29. April 2021, Zahl: 004-2/2021 außer Kraft.

Im Anschluss verliest Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die im Entwurf vorliegende Verordnung, mit welcher die Aufgaben der Bürgermeisterin des eigenen Wirkungsbereiches auf die Bürgermeisterin, den ersten Vizebürgermeister, die zweite Vizebürgermeisterin und die sonstigen Mitglieder des Gemeindevorstandes aufgeteilt werden und die Vertretung der Gemeindevorstandsmitglieder geregelt wird (Referatsaufteilung), wird – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde – zum Beschluss erhoben.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

3	Vereinbarung „Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg“
---	--

Vizebürgermeister Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) fasst die relevantesten Punkte der vorliegenden Vereinbarung wie folgt zusammen:

Gegenstand dieser Vereinbarung, die zwischen der Gemeinde Wernberg, Wernberger Straße 2, 9241 Wernberg, und dem Land Kärnten (Landesstraßenverwaltung), Arnulfplatz 1, 9020 Klagenfurt abgeschlossen werden soll, ist die Errichtung, Kostentragung und Erhaltung

der Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg, KS 083.026, im Abschnitt km 336,75 – km 336,900.

Die Vereinbarung regelt die Umsetzung der Verkehrslichtsignalanlage bei der Kreuzung B83 Kärntner Straße/Industriestraße Wernberg. Vertragspartner sind das Land Kärnten (Landesstraßenverwaltung) und die Gemeinde Wernberg. Gegenstand ist neben der Errichtung einer Ampelanlage die Anpassung des Kreuzungsbereichs, der Fahrstreifen und Zufahrten zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Vorbereitung auf die zukünftige Vollanschlussstelle Wernberg.

Die geschätzten Gesamtkosten des Projekts betragen € 800.000,00 brutto. Davon tragen die ASFINAG 62,5 % (€ 500.000,00), das Land Kärnten 18,75 % (€ 150.000,00) und die Gemeinde Wernberg 18,75 % (€ 150.000,00). Zusätzlich übernimmt die Gemeinde die Kosten für die Verlegung des Geh- und Radweges sowie die Beleuchtung (ca. € 30.000,00). Nach Fertigstellung gehen Gehsteige, Geh- und Radweg, Industriestraße und Beleuchtung in die dauerhafte Erhaltung und Verwaltung der Gemeinde über; außerdem trägt die Gemeinde künftig 50 % der Betriebs- und Investitionskosten der Ampelanlage. Die Vereinbarung steht unter der Bedingung, dass das Gesamtprojekt „Anschlussstelle Wernberg“ bis spätestens 31.12.2030 begonnen wird. Erfolgt dies nicht, muss die Gemeinde die Hälfte des von der ASFINAG übernommenen Kostenanteils für das vorgezogene Kreuzungsprojekt an das Land Kärnten zahlen.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) berichtet von einem Gespräch mit Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. Demnach werde auch das Land Kärnten die Bemühungen um die Umsetzung des Projekts weiterhin unterstützen. Hinsichtlich der geplanten Ampelanlage erläutert sie, dass diese mit einem umfassenden Umbau verbunden sei. Dabei werden die Industriestraße eingebunden und die Kreuzung Industriestraße/B83 zusätzlich um eine Abbiegespur erweitert. Sie wird sich um einen Termin beim zuständigen Minister bemühen. Zum Punkt 7 der Vereinbarung erläutert sie, dass ursprünglich die Kosten nur zwischen Land und Gemeinde aufgeteilt hätten werden sollen. Im Falle der Realisierung der Autobahnanschlussstelle übernimmt die ASFINAG einen Großteil der Finanzierung, was in der gegenständlichen Vereinbarung geregelt wurde.

Gemeindevorstand Markus di Bernardo (FPÖ) verweist auf den genannten Punkt 7 der vorliegenden Vereinbarung und nennt diesen als wesentlichen Grund, weshalb er der Vereinbarung nicht zustimmen könne. Er kritisiert die Vorgangsweise der ASFINAG und sieht ein finanzielles Risiko für die Gemeinde. Darüber hinaus stellt er die Frage, ob die Errichtung der Ampelanlage überhaupt in den Aufgabenbereich der Gemeinde falle.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) entgegnet, dass die Errichtung der Ampelanlage jedenfalls im Interesse der Gemeinde sei – unabhängig davon, ob der Autobahnvollanschluss realisiert werde oder nicht. Die Ampel stelle insbesondere einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger dar. Außerdem gehe es um die Einbindung der Industriestraße. Die bisherigen Planungskosten, die die Gemeinde bereits getragen hat, werden im Kostenanteil der Gemeinde berücksichtigt.

Gemeinderat Marc Gfrerer (ÖVP) äußert Zweifel daran, dass der Anschluss tatsächlich umgesetzt werde.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) hat derzeit Hoffnung, weil das „Verkehrsmodell Österreich“ in Fertigstellung sei. Die Notwendigkeit der Ampelanlage bestehe jedoch aufgrund des Verkehrsaufkommens unabhängig davon.

Vizebürgermeister Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) spricht sich dafür aus, die beiden Themenbereiche – Ampelanlage und Autobahnvollanschluss – getrennt zu betrachten. Die Ampelanlage stelle eine eigenständige Maßnahme zur Steuerung des Verkehrsflusses durch

Wernberg dar und sei unabhängig von der Frage des Vollanschlusses zu beurteilen. Durch die Vereinbarung besteht die Chance auf Mitfinanzierung der ASFINAG. Falls die ASFINAG die Anschlussstelle nicht errichtet, möchte sie natürlich auch nicht mitzahlen.

Gemeinderat Reg. Rat Bruno Roland Peters (SPÖ) regt an, die aktuelle Situation zu nutzen, um verstärkten Druck auf das Land Kärnten und die ASFINAG in Hinblick auf den Bau der Autobahnanschlussstelle auszuüben.

Gemeindevorstand Markus di Bernardo (FPÖ) erklärt, dass er die Argumente der Bürgermeisterin nachvollziehen könne. Dennoch bleibe der betreffende Punkt der Vereinbarung aus seiner Sicht nachteilig für die Gemeinde, da die Bedingungen insgesamt ungünstig seien.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) führt aus, dass ihr die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sehr wichtig und die Errichtung eines Kreisverkehrs aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht möglich sei. Sie muss sich auf die Prüfungen und Planungen der Experten verlassen können.

Gemeinderat Ing. Franz Liposchek (SPÖ) erinnert daran, dass die Autobahn ursprünglich in Wernberg geendet habe und die Bundesstraße bis Villach vierspurig ausgebaut gewesen sei. Im Zuge des Rückbaus seien ein Geh- und Radweg errichtet sowie die zulässige Geschwindigkeit im Ortsgebiet von Wernberg reduziert worden. Zum Thema Ampelanlage betont er, dass sie Sicherheit aufgrund der Querungen von Kaltschacher- und Industriestraße bringe, weil die Unfallgefahr reduziert werde und dass der aktuelle bestehende Stop-and-Go-Verkehr durch Wernberg problematisch sei. Eine Ampelanlage entlaste auch den Verkehr im Ortszentrum. Er appelliert daran, den Einschätzungen der Fachleute Vertrauen zu schenken.

Gemeinderat Gottfried Struckl (SPÖ) weist darauf hin, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Kaltschach nicht auf einer „Insel der Seligen“ lebten, und verweist beispielhaft auf die Situation der Ausfahrt der Trabeniger Straße. Im Gemeindegebiet Wernberg gäbe es weitere Bevölkerung und Wernberg bestehe aus mehr Ortschaften.

Gemeinderätin Edith Wassertheurer (SPÖ) berichtet von Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus Kaltschach. Diese würden die Errichtung einer Ampelanlage sehnsüchtig erwarten.

Gemeinderätin Mag.^a Brigitte Wiltschnig (GRÜNE) hält fest, dass bei den Überlegungen nicht ausschließlich der motorisierte Individualverkehr berücksichtigt werden dürfe. Ebenso seien die Interessen und die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer zu beachten und diese wird eine Ampel bringen.

Im Anschluss verliest Vizebürgermeister Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) den dazu vorliegenden und von den im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen SPÖ und ÖVP unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die im Entwurf vorliegende Vereinbarung zur Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg, KS 083.026 – den Abschnitt km 336,75 – km 336,900 betreffend – abzuschließen zwischen der Gemeinde Wernberg, Wernberger Straße 2, 9241 Wernberg, und dem Land Kärnten (Landesstraßenverwaltung), Arnulfplatz 1, 9020 Klagenfurt, mit der die Errichtung, Kostentragung und Erhaltung geregelt wird, wird beschlossen.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag mehrheitlich (19:4 Stimmen; Gegenstimmen Markus di Bernardo, Harald Prisnig, Simone Zoppoth und Christian Müllner – alle FPÖ) die Zustimmung.

4	Zusatzvereinbarung „Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg“
---	--

Vizebürgermeister Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) fasst die relevantesten Punkte der vorliegenden Vereinbarung wie folgt zusammen:

Gegenstand dieser Vereinbarung, abzuschließen zwischen der Gemeinde Wernberg, Wernberger Straße 2, 9241 Wernberg, und dem Vertragspartner – ist die Errichtung, Kostentragung und Erhaltung der Maßnahme „Verlegung Geh- und Radweg“ an der B83 Kärntner Straße, Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg, von km 336,80 bis km 336,715.

Diese Vereinbarung bezieht sich auf den vorangegangenen Tagesordnungspunkt und regelt die Verlegung des Geh- und Radweges im Zuge der Errichtung der Verkehrslichtsignalanlage. Da die Verlegung des Geh- und Radweges und der Beleuchtung auf Wunsch des Vertragspartners erfolgt, wird Folgendes vereinbart:

Die geschätzten Kosten für die Verlegung des Geh- und Radweges und der Beleuchtung in Höhe von ca. € 30.000,00 brutto werden zur Gänze vom Vertragspartner übernommen, wobei vereinbart wird, dass ihm nach Fertigstellung die tatsächlich angefallenen Kosten von der Gemeinde in Rechnung gestellt werden. Der Vertragspartner bestellt zur Absicherung seiner Leistungspflichten gemäß dieser Vereinbarung zugunsten der Gemeinde eine Kautions von € 30.000,00.

Im Anschluss verliest Vizebürgermeister Ing. Christian Mitterböck (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Die im Entwurf vorliegende Vereinbarung zur Kreuzung B83/Industriestraße Wernberg – Verlegung Geh- und Radweg – den Abschnitt km 336,80 – km 336,715 betreffend – abzuschließen zwischen der Gemeinde Wernberg, Wernberger Straße 2, 9241 Wernberg, und dem Vertragspartner, mit der die Kostentragung der Verlegung des Geh- und Radweges und der Beleuchtung durch den Vertragspartner geregelt wird, wird beschlossen.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

5	KELAG-Stromliefervertrag für die Jahre 2028 und 2029
---	--

Gemeinderat Ing. Franz Liposchek (SPÖ) verlässt um 20:06 Uhr die Sitzung und nimmt ab 20:09 Uhr wieder daran teil.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) verliest den nachfolgenden Amtsvortrag:

Der aktuelle Stromliefervertrag wurde bis zum 31.12.2027 abgeschlossen und die Kelag bietet eine Vertragsverlängerung für die Jahre 2028/2029 an.

Die Energiekosten für die Gemeinde Wernberg haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

2023: 399,40 €/MWh
2024: 195,78 €/MWh
2025: 192,42 €/MWh
2026: 102,63 €/MWh
2027: 95,74 €/MWh

Der Verbrauch hat sich im Vergleich von 2021 mit rund 598.000 kWh zu 2025 mit rund 487.000 kWh erfreulicherweise verringert.

Zu den Energiekosten, die hier angeführt werden, kommen noch Netzkosten, Steuern, Abgaben und die Ust. Diese Kosten werden von der e-control festgesetzt und sind aktuell für die Folgejahre noch nicht bekannt – teilweise sind diese verbrauchsabhängig, teilweise handelt es sich um Pauschalen je Zählpunkt. Um jedoch einen Anhaltspunkt für die Höhe der zusätzlichen Kosten zu bekommen, wurde von der Kelag das Jahr 2025 ausgewertet. Bei einem Stromverbrauch von rund 487.000 kWh sind rund € 94.000 an Energiekosten, rund € 55.000 an Netzkosten und rund € 13.000,00 an Abgaben angefallen.

Aktuell entwickeln sich die Preise tendenziell leicht nach oben:

Auswertungstag/Energiepreis (€/MWh)	2028	2029
15.04.2026	111,19	105,72
12.05.2026	116,05	105,97
20.05.2026	117,14	106,17

Laut Auskunft der Kelag war es in den letzten Jahren so, dass die Beschaffung für das Folgejahr immer recht teuer war. Würde die Gemeinde Wernberg im Jahr 2026 die Beschaffung für 2027 beauftragen, würden die Kosten aktuell bei rund 150,00 €/MWh liegen – im Vergleich zu tatsächlich € 94,74 €/MWh, die Ende 2025 bestellt wurden.

Anmerkung: Die hier genannten Preise sind keine Fixpreise. Der für die Gemeinde Wernberg tatsächlich zu verrechnende Preis ist jener, der bei Vertragsabschluss tagesaktuell ist. Die Netzkosten sind schwer einschätzbar, da sie vom Verbrauch und von der jeweiligen Netzebene abhängig sind. Im Lieferjahr 2023 lagen die Netzkosten (inkl. Abgaben) bei rd. 10 ct/kWh.

Aufgrund der jahrelang guten Zusammenarbeit mit der Kelag, der Regionalität und der Tatsache, dass die Kelag bei der Ausschreibung im Jahr 2022 die einzige Bieterin war, wird eine Fortführung der Zusammenarbeit angestrebt.

Im Anschluss verliest Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Es wird beschlossen, dass die Gemeinde Wernberg den im Entwurf vorliegenden Stromliefervertrag für die Jahre 2028 und 2029 mit der KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Arnulfplatz 2, 9020 Klagenfurt, abschließt.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

6	Beschlussfassung zu Bürgerbeteiligungsprozess betreffend weitere Zentrumsentwicklung – „Ort der Generationen“
---	---

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) verliest den nachfolgenden Amtsvortrag:

Bereits vor mehreren Jahren wurde in Wernberg ein städtebaulicher Wettbewerb zur Gestaltung und Weiterentwicklung des Ortskernes durchgeführt. Ziel war es, eine nachhaltige Entwicklung des Ortszentrums sicherzustellen. Es konnten bereits wichtige Einrichtungen im Ortskern angesiedelt bzw. geschaffen werden. Dazu zählen insbesondere das Gemeindeamt, eine Bankfiliale, das Kompetenzzentrum sowie das Altenpflegeheim des Sozialhilfeverbandes. Durch diese Entwicklungen wurde der Ortskern bereits wesentlich aufgewertet.

Aufbauend auf diesen Maßnahmen soll ein „Ort der Generationen“ entwickelt werden. Dabei soll ein zukunftsorientiertes Zentrum entstehen, das unterschiedliche gesellschaftliche und kommunale Bedürfnisse an einem Standort vereint und generationenübergreifende Begegnungen ermöglicht.

Möglich wäre die Integration einer Bildungseinrichtung. Hintergrund dafür ist insbesondere, dass derzeit zwei Volksschulstandorte bestehen, welche einen erheblichen Sanierungsbedarf aufweisen. Gleichzeitig zeigt sich, dass die bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen den zukünftigen Anforderungen und dem steigenden Bedarf nicht mehr ausreichend entsprechen.

Durch die Zusammenführung verschiedener Bildungs- und Betreuungseinrichtungen an einem gemeinsamen Standort könnten zahlreiche Synergien genutzt werden. Insbesondere ergeben sich dadurch organisatorische und infrastrukturelle Vorteile sowie langfristige Einsparungsmöglichkeiten im Bereich des laufenden Betriebes, der Erhaltung und der Verwaltung. Darüber hinaus können bedarfsgerechte Betreuungsangebote geschaffen werden.

Damit einhergehend könnte auch ein Veranstaltungszentrum für die örtlichen Vereine und die Bevölkerung entstehen; ein zentraler Raum für kulturelle und gesellschaftliche Aktivitäten, welcher das Vereinsleben stärkt und die soziale Infrastruktur der Gemeinde erweitert.

Ebenso sollten ein öffentlicher Kinderspielplatz angedacht werden und verbleibende Freiflächen attraktiv gestaltet werden, um die Aufenthaltsqualität im Ortskern zu verbessern. Gewünscht sind Begegnungszonen und Erholungsflächen, welche allen Generationen offenstehen und den Ortskern als lebendigen Mittelpunkt der Gemeinde weiter stärken. Insgesamt verfolgt das Projekt das Ziel, die Lebensqualität für die Bevölkerung langfristig zu erhöhen.

Die Umsetzung des Projektes soll deshalb durch einen umfassenden Bürgerbeteiligungsprozess begleitet werden. Der Bevölkerung soll die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv in die Planungen einzubringen, Bedürfnisse und Ideen zu äußern sowie an der Entwicklung des „Ortes der Generationen“ mitzuwirken. Insbesondere die Anliegen von Familien, Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen und Vereinen sollen Berücksichtigung finden. Ziel ist es, eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen und sicherzustellen, dass das Projekt den tatsächlichen Bedürfnissen der Gemeinde bestmöglich entspricht.

Durch Informationsveranstaltungen bzw. moderierte Workshops soll ein transparenter und offener Dialog ermöglicht werden.

Der Bürgerbeteiligungsprozess wird im Rahmen der Baukulturförderung der Abteilung 3 – Gemeinden und Katastrophenschutz des Amtes der Kärntner Landesregierung begleitet und gefördert.

Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) weist auf den am 11.06.2026 um 18:00 Uhr geplanten Termin im Sozialhilfezentrum hin. Die Kosten werden dafür etwa € 5.000,00 betragen und zu 50 % im Rahmen der Baukulturförderung durch die Abteilung 3 – Gemeinden – des Landes Kärnten gefördert.

Im Anschluss verliest Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Es soll beschlossen werden, für die weitere Entwicklung des Ortskernes in der Gemeinde Wernberg einen Bürgerbeteiligungsprozess zur Schaffung eines ‚Ortes der Generationen‘ einzuleiten.“

Gemeinderat Reg. Rat Bruno Roland Peters (SPÖ) findet es gut, dass an der Ortsentwicklung weitergearbeitet wird.

Gemeinderat Ing. Franz Liposchek (SPÖ) hält es für gut, dass Bürger und Vereine von Beginn an eingebunden werden und ihre Bedürfnisse einbringen können.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

7	Unterzeichnung Beitrittserklärung zum Grundsatzübereinkommen (Debitkarten)
---	--

Gemeindevorstand Mag. Christian Gritschacher (SPÖ) verliest den nachfolgenden Amtsvortrag:

Gebietskörperschaften haben die Möglichkeit, einem ausgearbeiteten Grundsatzübereinkommen für Debit- und Kreditkarten beizutreten.

Zur Abwicklung von unbaren und schecklosen Zahlungen (Bankomat-Kassen-Service) für Debitkarten besteht zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, und der Europay Austria Zahlungsverkehrssystem GmbH (nunmehr Payone GmbH) ein Grundsatzübereinkommen mit der Geschäftszahl 63 1302/4-VI/3/97.

Durch den Beitritt zum Grundsatzübereinkommen kann die Abwicklung von Debitkartenzahlungen zu den darin festgelegten Rahmenvereinbarungen und Konditionen erfolgen.

Im Anschluss verliest Gemeindevorstand Mag. Christian Gritschacher (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Es wird beschlossen, dass die Gemeinde Wernberg dem Grundsatzübereinkommen für Debitkarten vom 27. Juni 1997 über die Abwicklung von unbaren und schecklosen Zahlungen (Bankomat-Kassen-Service) zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, und der Payone GmbH, Niederlassung Österreich (früher Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme GmbH), beitrtritt.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

8	Unterzeichnung Beitrittserklärung zum Grundsatzübereinkommen (Kreditkarten)
---	---

Gemeindevorstand Mag. Christian Gritschacher (SPÖ) verliest den nachfolgenden Amtsvortrag:

Sollen im Zahlungsprozess auch Kreditkarten akzeptiert werden, ist hierfür der Abschluss eines Vertrages zwischen der Gemeinde Wernberg und der Payone GmbH auf Grundlage des Grundsatzübereinkommens für Kreditkarten mit der Geschäftszahl 73 1307/2-VII/3/87 erforderlich.

Das Grundsatzübereinkommen wurde zwischen der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, und diversen Kreditkartenorganisationen abgeschlossen. Durch den Abschluss dieses Vertrages kann die Abwicklung von Kreditkartenzahlungen zu den im Grundsatzübereinkommen festgelegten Rahmenvereinbarungen und Konditionen erfolgen.

Im Anschluss verliest Gemeindevorstand Mag. Christian Gritschacher (SPÖ) den dazu vorliegenden und von allen im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen unterfertigten Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„Es wird beschlossen, dass die Gemeinde Wernberg dem Vertrag für die Abwicklung von Kreditkartenzahlungen mit der Payone GmbH, Zweigniederlassung Österreich, auf Grundlage des mit dem Bundesministerium für Finanzen abgeschlossenen Grundsatzübereinkommens vom 5. August 1987 beitrtritt.“

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt diesem Antrag einstimmig die Zustimmung.

Im Anschluss informiert die Bürgermeisterin noch über den Halt des Theaterwagens des Ensembles „Porcia“ am 26.06.2026 in Wernberg und lädt den Gemeinderat dazu ein.

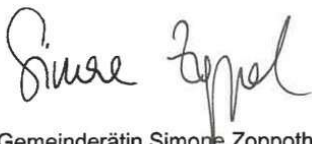
Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ) um 20:26 Uhr die Sitzung.



Bürgermeisterin Doris Liposchek (SPÖ)



Gemeinderat Michael Knes, MBA (SPÖ)



Gemeinderätin Simone Zoppoth (FPÖ)



Amtsleiterin Dr.ⁱⁿ Anja Schweda